

Klimaschutz – 75 Millionen pro Jahr für Wärmedämmung

- von **Franz Maget**, Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, und
Ludwig Wörner, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion –

Energiesparen, Klimaschutz, Arbeitsplätze, Wertschöpfung vor Ort, Schonung von Rohstoffen, Kostensenkung - die Wärmedämmung bei älteren Gebäuden vereint all diese Vorteile und politischen Ziele in sich. Das hat die Bundesregierung erkannt. CSU und Staatsregierung dagegen reden seit Jahren nur davon; sie waren aber bisher nicht bereit, auch nur einen Euro wenigstens in die Wärmedämmung staatlicher Gebäude zu investieren. Dabei amortisieren sich die Kosten schon in 10 bis 20 Jahren; der CO₂-Ausstoß könnte um 20 Prozent gesenkt werden; 50.000 neue Arbeitsplätze würden entstehen; die Wertschöpfung bliebe in der Region; die Importabhängigkeit würde gemildert.

Die bisher gezeigte Verweigerungshaltung von CSU und Staatsregierung können wir uns in Bayern angesichts der alarmierenden Signale des Klimawandels nicht mehr leisten. Wir fordern den neuen Ministerpräsidenten auf, endlich zu handeln, denn wer sich trotz besseren Wissens verweigert, macht sich mitschuldig. Bayern muss endlich mitziehen - nicht nur die Menschen, die sich längst engagieren, nicht nur Bundestag und Bundesregierung, die ihre Hausaufgaben vorbildlich machen, sondern auch CSU und Staatsregierung, die hier in Bayern in der Verantwortung stehen. Wir müssen sofort beginnen!

Bereits zum Nachtragshaushalt 2008 wird die SPD-Landtagsfraktion 75 Millionen Euro für Klimaschutz, vor allem als Anschubfinanzierung für die energetische Sanierung staatlicher Altbauten, einfordern. Die bisherige Nullnummer seitens der CSU muss endlich Vergangenheit sein. Bayern muss sich selbst verbindliche Ziele im Klimaschutz und in der Energiepolitik vorgeben; sonst passiert nichts.

Flankierende Maßnahmen müssen sein:

- ◆ eine staatliche Unterstützung der Energieagenturen,
- ◆ den Aufbau eines Beratungsnetzwerkes für regenerative Energien und Energieeffizienz,
- ◆ die Errichtung eines bayerischen "Kompetenzzentrums für Erneuerbare Energietechnologien, dezentrale Versorgungssysteme und Energieeffizienz" sowie
- ◆ die Erarbeitung einer Mustervereinbarung für Mieter und Vermieter im Mietwohnungsbau, auf deren Basis Wärmedämmmaßnahmen für beide Seiten attraktiv werden.

Klimaschutz durch energetische Sanierung: Bayern kann sofort beginnen!

Deutschland hat eine Minderung der CO₂-Emissionen um 40 Prozent bis zum Jahr 2020 zugesagt. Um dieses ehrgeizige Ziel zu erreichen, müssen alle Einsparpotentiale genutzt werden. Und kein Bundesland darf sich ausschließen - auch nicht Bayern. Die neue Energieeinsparverordnung kommt nur bei neuen Gebäuden zum Tragen. Die Zahl der jährlich hinzukommenden Gebäude beläuft sich nur auf etwa 1 Prozent des Gebäudebestandes. So zukunftsweisend diese Regelungen sind, so können sie gezielte Maßnahmen bei den Altgebäuden, die sehr oft wahre Wärme- und damit CO₂-Schleudern sind, nicht ersetzen.

Die größten Einsparpotentiale ergeben sich deshalb bei der energetischen Sanierung der älteren Gebäude. Rund 70 Prozent des bayerischen Gebäudebestandes ist älter als 30 Jahre, also von 1977 gebaut. Nach Berechnungen der Energie-Enquete des Bayerischen Landtags kann durch Wärmedämmung in Verbindung mit modernen Heizungen und intelligenter Technik bis zu 70 Prozent eingespart werden. Zu ähnlichen Ergebnissen kommt auch das Bayerische Zentrum für Angewandte Energieforschung e.V. (ZAE Bayern) an der Universität Würzburg in einer Studie, die zusammen mit 16 Projektpartnern aus Industrie und Gewerbe ausgearbeitet wurde.

Alle gewinnen: Energetische Sanierung in Altgebäuden schafft Arbeitsplätze, spart Energie und Kosten, schützt Klima und Rohstoffe

- ◆ **Arbeitsplätze:** Um Altgebäude, die 70 Prozent des Gebäudebestandes ausmachen, zu sanieren, sind Direktinvestitionen von mindestens 30 Milliarden Euro notwendig, die aber rund das Vierfache an weiteren Investitionen auslösen. Das bedeutet mindestens dauerhafte, hochqualifizierte neue 50 000 Arbeitsplätze in Bayern im Handwerk und im Mittelstand.
- ◆ **Regionale Wertschöpfung:** Die Arbeitsplätze entstehen direkt vor Ort in Mittelstand und Handwerk; das Geld bleibt in der Region. Es gibt positive regionale Beschäftigungseffekte, insbesondere auf dem Bausektor.
- ◆ **Energie:** Die unterschiedlichsten Studien gehen beim Wohngebäudebestand von einem technischen Einsparpotenzial in Höhe von 70 Prozent aus, das bis zum Jahr 2050 komplett erschlossen werden könnte.
- ◆ **Klimaschutz:** Diese Einsparung würde bedeuten, dass man nach Angaben des bayerischen Umweltministeriums allein mit energetischen Sanierungsmaßnahmen beim bayerischen Wohngebäudebestand eine Reduzierung des CO₂-Ausstosses um 16,5 Millionen Tonnen pro Jahr erreichen könnte. Dies würde die CO₂-Bilanz um bis zu 20 Prozent verringern.

- ◆ **Kosten:** Nach Angaben des bayerischen Umweltministeriums zahlt sich die energetische Sanierung wirtschaftlich aus. Die investierten Kosten gleicht die Energieeinsparung relativ bald wieder aus: bei stabilen Energiepreisen nach rund 20 Jahren, und bei einer Energieverteuerung zum Beispiel von 5 Prozent pro Jahr schon nach 10 Jahren.
- ◆ **Rohstoffe:** Wertvolle Rohstoffe - vor allem aus dem fossilen Bereich - werden nicht mehr buchstäblich in die Luft geblasen. Unsere Abhängigkeit von Rohstoffimporten sinkt.

Viel versprochen, nichts gehalten! Energetische Sanierung bei Altbauten ist das Stiefkind der CSU-Staatsregierung

Man erinnere sich an den 21. Oktober 2004. Die Staatsregierung schließt das Bayerische Klimaschutzbündnis. Einer der versprochenen Schwerpunkte: Energetische Sanierung (= Wärmedämmung) bei den älteren Gebäuden. Aber bereits damals zeigte Ministerpräsident Stoiber nach Berlin: Die sollen das machen.

Am 28. April 2006 spricht Umweltminister Schnappauf vor dem 3. Regionaltreffen in Feuchtwangen. Er teilt mit, was schon alle wissen: Die energetische Sanierung (je nach Spezifikation) zahlt sich auch wirtschaftlich aus; die investierten Kosten gleicht die Energieeinsparung relativ bald wieder aus: bei stabilen Energiepreisen nach rund 20 Jahren, und bei einer Energieverteuerung zum Beispiel von 5 Prozent pro Jahr schon nach 10 Jahren.

Was hat die Staatsregierung gemacht? Nichts. Schnappauf hat nur eine konzertierte Aktionskampagne für energetische Gebäudesanierung angekündigt. Geld in die Hand genommen hat Bayern nicht. Stattdessen verweist Schnappauf wieder - wie schon vorher Stoiber - auf den Bund. Er lässt sich dafür feiern, dass Bundesregierung und Bundestag ein Förderprogramm der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) für die Energetische Gebäudesanierung aufgelegt und bis zum 2009 mit 1,4 Milliarden Euro pro Jahr aufgelegt hat.

Berlin handelt - Bayern schaut zu

Seit dem Beginn der rotgrünen Bundesregierung im Jahre 1998 hat sich die Staatsregierung konsequent allen flankierenden Maßnahmen zum Energiesparen und zum Einsatz erneuerbarer Energien verweigert. Immer wieder finanziert sie mit wenigen Millionen einzelne Modellprojekte, die aber in der Regel überdimensioniert sind und scheitern. Die Erkenntnisse aus diesen Projekten werden nie in Feldversuche oder gar bayernweite Marktanzreizprogramme umgesetzt.

Die Bundesregierung dagegen hat gehandelt, mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), mit den Marktanzreizprogrammen, mit dem Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz. Die bayerischen Bürger haben dies gerne angenommen: Rund 40 Prozent der bundesweiten Anträge kommen aus Bayern. Dem Drängen der Sozialdemokraten ist es zu danken, dass dieser Weg auch in der Großen Koalition fortgesetzt werden konnte. Das milliardenschwere Förderprogramm zur Wärmesanieung über die KfW ist ebenso ein Meilenstein wie die Energiespar-

verordnung, die die gesetzlichen Maßlatten für den Energieverbrauch von Gebäuden deutlich höher legt.

Energetische Sanierung: Die Null-Nummer im Staatshaushalt ? Kritik auch vom Rechnungshof

Seit dem Staatshaushalt des Jahres 2003 steht im Einzelplan 13, Kap 13 03, Titelgruppe 74 der Haushaltsansatz „(Zusätzliche) bauliche Maßnahmen zum Zwecke der Energieeinsparung bei staatlichen Gebäuden“. Ebenso lange ist dieser Haushaltstitel mit Null ausgestattet. Nun soll dieser Haushaltstitel immer wieder durch eingesparte Energiekosten aufgefüllt werden. Dies kann aber nur funktionieren, wenn eine Anfangsinvestition gemacht wird. Ohne dass Bayern Geld in die Hand nimmt, kann es auch keine Einsparungen geben.

Die SPD-Landtagsfraktion hat immer wieder darauf hingewiesen und bis zuletzt pro Haushaltsjahr 30 Millionen Euro für die Wärmesanierung staatlicher Gebäude gefordert. Bisher vergeblich. Auch der Bayerische Oberste Rechnungshof hat die Staatsregierung bereits mehrmals zum Handeln aufgefordert.

Die SPD-Fraktion legt eins drauf: 75 Millionen Euro pro Jahr vor allem für energetische Sanierung staatlicher Gebäude

Um eine Anschubfinanzierung zu erreichen und den Einstieg in die energetische Sanierung von staatlichen Altgebäuden zu schaffen, fordert die SPD-Landtagsfraktion für den Nachtragshaushalt 2008 75 Millionen Euro (bisher: 30 Millionen pro Haushaltsjahr). Die über sinkende Energiekosten eingesparten Mittel können dann wieder in den Topf zurückfließen und neue Projekte ermöglichen. Dieser Anfang ist unverzichtbar, weil er den notwendigen Impuls auslöst.

Weitere **flankierende Maßnahmen auf Landesebene** müssen nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion sein:

- ◆ **Energieagenturen:** Die beste Möglichkeit für kompetente und allgemein zugängliche Information und Beratung sind die Energieagenturen bzw. Energie-Projektmanager auf kommunaler Ebene, die es aber in Bayern noch längst nicht flächendeckend gibt. Gefordert ist deshalb eine finanzielle Unterstützung der kreisfreien Städte und Landkreise bei der Einrichtung und beim laufenden Betrieb von Energieagenturen und -Projektmanagern, die - wo noch nicht geschehen - unter der Trägerschaft der Kommunen zusammen mit den Innungen und den Handwerkskammern eingerichtet werden sollen. Aufwand pro Jahr: 2 Millionen Euro.
- ◆ **Beratungsnetzwerk:** In Bayern soll ein Beratungsnetzwerk für regenerative Energien und Energieeffizienz aufgebaut werden, das für Verbraucher, Planer und Praktiker gleichermaßen zugänglich ist.

- ◆ **Kompetenzzentrum:** Ein bayerisches Kompetenzzentrum für „Erneuerbare Energietechnologien, dezentrale Versorgungssysteme und Energieeffizienz“ soll den beidseitigen Wissens- und Erfahrungsaustausch zwischen Unternehmen, Forschung und Ausbildung fördern.
- ◆ **Mustervereinbarung:** Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Mustervereinbarung zu erarbeiten und für Mieter und Vermieter im Mietwohnungsbau zur Verfügung zu stellen, in der die Abfinanzierung von Wärmedämmmaßnahmen durch die eingesparte Energie so geregelt wird, dass Vermieter und Mieter gleichermaßen Nutzen daraus ziehen (die eingesparten Kosten kommen Vermieter und Mieter je zur Hälfte zugute) und damit endlich die dringend notwendige energetische Sanierung von Wohngebäuden in Angriff genommen werden kann.